

SoVD am Equal Pay Day mit bundesweit 108 Aktionen am Start – Großkundgebung am Brandenburger Tor Lohngerechtigkeit ist ein Grundrecht

Bundesweit fanden am 21. März – am „Equal Pay Day“ – Aktionen für die gleiche Entlohnung von Männern und Frauen statt. Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Flashmobs und anderen Aktionen wurde deutlich gemacht, dass Frauen im Schnitt immer noch 22 Prozent schlechter entlohnt werden als Männer. Auch der Sozialverband Deutschland (SoVD) war bundesweit mit insgesamt 108 Aktionen am Start, um für mehr Gerechtigkeit unter den Geschlechtern zu kämpfen. In Berlin veranstalteten der SoVD, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Frauenrat erneut eine Kundgebung am Brandenburger Tor.

Das Datum „21. März“ war nicht zufällig gewählt: Es markiert den Tag, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus weiterarbeiten müssen, um rechnerisch auf das Jahresgehalt eines Mannes zu kommen. Umgekehrt ausgedrückt: Männer müssten im Durchschnitt erst am 21. März anfangen zu arbeiten, um am Ende des Jahres für die exakt gleiche Tätigkeit ebenso viel im Portemonnaie zu haben wie Frauen.

Frauen arbeiten immer noch 80 Tage im Jahr für lau

„Frauen arbeiten 80 Tage im Jahr für lau“, brachte Edda Schliepack, SoVD-Präsidiumsmitglied und -Bundesfrauensprecherin, diese Ungerechtigkeit auf den Punkt. „Seit sechs Jahren stehen wir hier vor dem Brandenburger Tor. Das kann nicht sein!“ Schliepack mahnte an, dass die Lohndifferenz mit



Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig will ein Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit.

dem Alter sogar noch steige. Zudem seien Frauen nachweislich auch bei Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld benachteiligt und müssten häufiger in Teilzeit sowie für Niedriglöhne arbeiten. „Wir können uns über viele Erfolge

im Bereich der Gleichberechtigung freuen, aber wir stehen immer noch vor der Herausforderung endlich zu erreichen, dass Frauen und Männer den gleichen Lohn für gleiche Arbeit verdienen!“

Gesetzliche Regelung für mehr Lohngerechtigkeit

Manuela Schwesig, Bundesfrauenministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (SPD) kündigte an, sie werde noch 2014 Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung für mehr Lohngerechtigkeit auf den Weg bringen. „Indirekte Lohndiskriminierung muss durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Aufwertung von typischen Frauenberufen beseitigt werden“, so Schwesig. Auch das durch Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vorgelegte Mindestlohngesetz sei ein wichtiger Schritt zur Beseitigung der Lohnunge-



Fotos (6): Herbert Schlemmer

SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack (li.) und Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates und Mitglied des Ausschusses für Frauenpolitik im SoVD.

rechtigkeit, erklärte Schwesig. Die unterschiedlichen Formen der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern prangerte auch DGB-Chef Michael Sommer an.

Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, sprach das Problem der Teilzeitbeschäftigten an, die – immer häufiger angeboten und freiwillig oder unfreiwillig genutzt – „Teil des Problems und

nicht der Lösung“ seien. Weitere kritische Wortbeiträge kamen von den Bundestagsabgeordneten Peter Weiß (CDU/CSU), Thomas Oppermann (SPD), Dr. Gregor Gysi (Die Linke) und Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen).

Ein Filmbeitrag ist unter www.sovd-tv.de abrufbar sowie weitere Fotos unter www.sovd.de.



DGB-Chef Michael Sommer zeigte unterschiedliche Formen der Ungerechtigkeit auf.



Viel Unterstützung für die gerechte Sache kam aus den Orts- und Kreisverbänden.



Foto: Simone M. Neumann

Zur gemeinsamen Kundgebung von SoVD, DGB und Deutschem Frauenrat kamen am 21. März rund 500 Menschen vor das Brandenburger Tor. Sowohl die im Bundestag vertretenen Parteien als auch zahlreiche befreundete Organisationen solidarisierten sich mit der Aktion. SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack (Bildmitte, li.), Bundesministerin Manuela Schwesig (re.), DGB-Chef Michael Sommer (2. v. re.) und Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates (ganz re.), forderten in ihren Redebeiträgen mehr Geschlechtergerechtigkeit.



Mehr Gerechtigkeit forderte SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack in ihrer Rede.



Edda Schliepack (re.) begrüßt den SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann.